

Zum Thema „Sicherheit“, Kantonsratsvotum März 03

Die Fraktion der CVP ist für Eintreten und schliesst sich teilweise den Anträgen der vorberatenden Kommission an, bis auf die Frage der Personalaufstockung, wo die Meinungen auseinander gehen, vorläufig noch...

Ich werde dann bei der Detailberatung noch darauf zurückkommen.

Insofern bereits der Kommissionspräsident aus unserer Partei sich geäussert hat, und die Fraktion der Kommission mehrheitlich folgt, halte ich mich kurz.

Die Vorlage ist eigentlich zweigeteilt. Die baulichen Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit der Verwaltung ist unbestritten. Es macht aus unserer Sicht auch keinen Sinn, da einfach zu sagen, man soll die 7,5 Millionenn kürzen, ohne zu sagen, welche konkreten Massnahmen an welchen konkreten Gebäuden man weglassen soll. Es handelt sich bei allen Massnahmen um Massnahmen gegen mittlere bis erhebliche Bedrohungsmöglichkeiten, die geringen Möglichkeiten sind gar nicht berücksichtigt, was auch richtig ist.

Ich anerkenne, dass der Kantonsrat, der Regierungsrat, gesetzlich verpflichtet ist, die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten. Würde er dies nicht oder unzureichend tun, würde das den Kanton – den Steuerzahler – allenfalls bei Ereignissen und entsprechenden Klagen wesentlich mehr kosten. Dem ist vorzubeugen.

Andererseits macht man dann einen Fehler, wenn man darüber zu diskutieren beginnt, wieviele zusätzliche Stellen dem Schutz der Bevölkerung zugeteilt werden oder nicht. Es wäre ein falsches Signal für das Volk, wenn man dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger durch mehr Polizisten weniger Gewicht beimisst als dem Schutz der Verwaltung durch bauliche Massnahmen. Und das Feilschen um keine, zwei oder fünf Personaleinheiten gehört sich auf einem Basar, aber nicht in ein Parlament, das seine Verantwortung für die Sicherheit des Volkes wahrzunehmen hat.

Man muss nicht mit dem September 01 argumentieren, um zu zeigen, dass das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sich verschlechtert hat. Der September 01 hat eher das Sicherheitsgefühl von Politik und Verwaltung erschüttert, weniger das der Bevölkerung. Die Bevölkerung ist verunsichert, aber evt. aus andern Gründen. Und ich wäre dankbar, wenn man seitens Polizei und politisch Verantwortlicher das nicht einfach als psychologisch verständlich, aber statistisch irrelevant abtut. Die

Gesellschaft hat sich verändert, es gibt eine zunehmende Polarisierung, Destabilisierung und Gewaltbereitschaft, und dem muss und kann der Staat, und nur der Staat, mit seinem Gewaltmonopol, nicht vorbeugen, aber wirkungsvoll begegnen. Wirkungsvoll heisst aber auch glaubwürdig, und das bedingt Mittel und Kapazitäten, die ihm das ermöglichen. Eine schwache Polizei ist das Dümmste, was uns passieren könnte.

Abschliessend möchte ich Sie darauf hinweisen, dass ich mich in der seltenen Lage befinde, für den Regierungsrat der SGA einzutreten. Une fois n'est pas coutume, das weiss er so gut wie ich. Und auch wenn ich nicht einverstanden bin, wo er seine Schwerpunkte setzt, erweisen wir der Polizei einen Bärendienst, wenn wir das parteipolitisch entscheiden würden. Ich werde den Eindruck im Vorfeld der Debatte nicht ganz los, dass es den Linken vor allem deshalb leicht fällt, zu mehr Polizei zuzustimmen, weil sie ihren Regierungsrat nicht im Regen stehen lassen dürfen, und dass es manchem bürgerlichen Politiker vielleicht gerade darum geht. An solchen parteipolitischen Sandkastenspielen hat auch der Sprechende des öfters Freude, macht ja auch Spass, es sollte aber beim Thema „Sicherheit“ nicht allzu lustig zu und her gehen, sondern zugunsten des Zuger Volkes, das mehr Sicherheit braucht. In diesem Sinne bin ich für Eintreten und Zustimmung zur Vorlage, bei der Detailberatung werde ich mich noch zur Höhe der Personaleinheiten äussern. Danke.

(Bei der Detailberatung):

Ich stelle und unterstütze den Antrag des Regierungsrats, auf 930 Personalstellen, und nicht wie die Kommission vorschlägt, 927.

Zur Begründung:

Ich habe es beim Eintreten schon gesagt: Sie müssen sich als Kantonsräte schon überlegen, welches Signal Sie aussenden, wenn Sie hier reduzieren! Sie sind zwar für einen vollen Ausbau der baulichen Sicherheitsmassnahmen bei der Verwaltung, aber beim Schutz der Bevölkerung kürzen Sie die notwendigen Massnahmen. Damit entstünde genau der Eindruck, dass die politische Kaste mehr an sich denkt als an diejenigen, die sie gewählt haben.

Und wir sollten auch nicht den Fehler begehen, der Polizei dreinzureden, wo und wie sie diese Stellen einzusetzen hätte. Auch ich finde die Polizei dort unangenehm, wo sie gerade mich öfters vexiert, nämlich als Autofahrer. Aber gerade das wäre ja wieder der alte Fehler, dass wir nicht strategisch entscheiden,

sondern operativ dreinfingern wollen, denjenigen, die fürs Operative zuständig und kompetenter sind. Meine Erwartung ist aber klar, dass diese Stellen der Sicherheit des Volkes zugute kommen.

Die Situation bei der Bevölkerung ist eben auch die, dass wir eine zunehmende Unsicherheit feststellen können, dass mehr Konflikte gewaltsam ausgetragen werden, dass Drohungen, Delikte und dergleichen zugenommen haben. Wenn es im Kanton Zug weniger als in anderen Kantonen der Fall war, spricht das eben nicht gegen eine Erhöhung, sondern gerade dafür: Wir werden es in Zukunft nicht mit weniger, sondern mehr Vorfällen zu tun haben, wo Gewalt ausgeübt wird. Und dafür müssen wir die gewaltlosen Kreise der Bevölkerung klar schützen. Also: nicht nur die Verwaltung sicherer machen, sondern auch die Bevölkerung. Deshalb unterstützen Sie bitte den Antrag der Regierung und nicht den der Kommission. Feilschen Sie nicht, sondern nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, zugunsten eines weiterhin sicheren Kantons.